

# Paderborner Volksblatt

für Stadt und Land.

Nro. 6.

Paderborn, 13. Januar

1849.

Das Paderborner Volksblatt erscheint vorläufig wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt 10 Sgr., wozu für Auswärtige noch der Postaufschlag von 2½ Sgr. hinzukommt. Anzeigen jeder Art finden Aufnahme, und wird die gespaltene Zeile oder deren Raum mit 1 Sgr. berechnet. Bestellungen auf das Paderborner Volksblatt wolle man möglichst bald machen (Auswärtige bei der nächstgelegenen Postanstalt), damit die Zusendung frühzeitig erfolgen kann.

## Wahlaufruf.

Constitutioneller Bürgerverein.

Paderborn, 10. Januar 1849.

Mitbürger! Die Wahlen stehen bevor. Wir rufen Euch auf, Euer Recht zu denselben nach Eurer gewissenhaften Ueberzeugung auszuüben. Bedenket, daß jeder der zur Wahl berechtigt ist, auch die Pflicht hat, sein Recht auszuüben. Wer seine Familie liebt, wer es wohl meint mit seiner Gemeinde und dem ganzen Vaterlande, der ladet eine schwere Verantwortlichkeit auf sich, wenn er jetzt nicht auf seinem Posten ist.

Wohlan Ihr Mitbürger! Tretet auf und thuet Euch zusammen. Höret nicht auf die Stimme falscher Freunde. **Wählet zu Wahlmännern die besten unter Euch!** Wer der beste und der klügste Wirth, wer der rechtschaffenste Hausvater und ein guter Bürger ist, wer einen kräftigen König, und unter einer freisinnigen verfassungsmäßigen Regierung, ein in allen Gewerben blühendes freies und treues Volk will, wer auf dieser Gesinnung feststeht, **der soll unser Wahlmann sein!**

## Uebersicht.

Die neue preuß. Verfassung. II.

Deutschland. Berlin (Bunsen; Deutschland und Oestreich); Frankfurt (die kathol. Partei stimmt mit den Preußen; das Gagern'sche Ministerium; Oestreich); Köln (Politische Windstille; die Carnevalsgesellschaft); Breslau (Vermuthungen über die Wahlen); Wien (Festh von den Oestreichern besetzt); Braunschweig (die Abgeordneten-Versammlung); Hamburg (die Dänen).

Italien. Rom (Gallieno).

Frankreich. Paris (die Amnestiefrage; das Ministerium bleibt unverändert.)

Die Freiheit der Advocatur.

Vermischtes.

## Constitutioneller Bürgerverein.

Die Preussische Verfassungs-Urkunde vom 5. Decb. 1848. II.

Wir wollen mit dem Wichtigsten anfangen. Das ist die Gesetzgebung. Ihr wißt schon, daß früher der König allein die Gesetze gab. Bei jedem Gesetz, namentlich bei Abwägung der Steuern ist aber das Volk interessiert, darum ist es recht und billig, daß das Volk die Gesetze mit beschließt. Wie werden jetzt die Gesetze verfaßt? Der Artikel 60 der Verfassungsurkunde schreibt dies vor. Darin heißt es:

Die gesetzgebende Gewalt wird gemeinschaftlich durch den König und zwei Kammern ausgeübt. Die Uebereinstimmung des Königs und der beiden Kammern ist zu jedem Gesetze erforderlich.

Kammern heißen die Versammlungen der Volksvertreter. Solcher Kammern sind zwei. Jede Kammer beräth für sich, und was die Mehrheit der Mitglieder einer Kammer will, das ist Beschluß dieser Kammer. Art. 79.

Wenn nun beide Kammern beschlossen haben dies oder das soll Gesetz werden, so hat doch der König das Recht, zu sagen: Ich verbiete, daß der Beschluß der Kammern Gesetz wird, und dann wird nichts daraus. Ich verbiete heißt auf Lateinisch: veto; darum wird dies Verbots-Recht des Königs das veto des Königs genannt.

Man sollte nun meinen, was zwei Kammern beschlossen hätten, müßte doch Gesetz werden, wenn es der König auch nicht wollte, weil die Kammern am Besten wissen müßten, was dem Volke zum Besten gereicht; dann wäre aber der König nichts mehr. Die Kammern könnten dem Könige ein Recht nach dem andern nehmen, sie könnten am Ende beschließen: Es soll kein König mehr sein.

Gegen solche Beschlüsse muß der König Mittel haben. Deren hat er zwei. Das eine ist sein Recht, die Kammern aufzulösen, Art. 49.; das andere sein Verbotsrecht. Die Auflösung der Kammern ist ein Mittel, was sehr behutsam gebraucht werden muß, denn diese gibt gewöhnlich böses Blut im Lande. Das Verbotsrecht ist besser. Es ist damit auch nicht so schlimm, wie die Sache aussteht, denn der König fragt bei jedem solchem Verbote seine Minister um Rath; die Minister müssen das Verbot mit unterschreiben und sind dafür verantwortlich, Art. 42. Sie werden sich also hüten, dem Könige ein solches Verbot anzurathen, wenn es nicht zum Wohle des Landes gereicht.

Wozu sind denn zwei Kammern angeordnet? Damit Alles reiflich erwogen und nicht aus Uebereilung ein Gesetz gemacht wird, was dem Lande nachtheilig ist. Solche Uebereilung kommt leichter vor, wenn nur eine einzige Versammlung zu beschließen hat; selbst wenn alle ihre Mitglieder den redlichsten Willen haben, für das Beste des Volks zu sorgen. Wir wollen Euch davon ein Beispiel anführen. Das ist der Beschluß der aufgelösten Versammlung in Berlin, die Steuern zu verweigern; das wäre nicht vorgekommen, wenn noch eine zweite Versammlung der Volksvertreter den Beschluß hätte prüfen müssen. Da werden Euch zwar manche sagen: Eine Kammer ist genug. Sie kann ja ihren Beschluß nach 4 oder 8 Tagen noch mal prüfen und sehen, ob er gut ist, dann wird sie sich nicht übereilen. Das ist nicht richtig. Jeder liebt seine eigenen Kinder, und wer heute Etwas beschlossen hat, beschließt übermorgen auch nichts Anderes; schon, damit Niemand sagen könne: der weiß selbst nicht, was er will.

Wer kann Mitglied der Kammer werden? Die erste Kammer soll aus 180, die zweite aus 350 Mitgliedern bestehen. Unbescholten müssen natürlich die Mitglieder beider Kammern sein. Aber ein Unterschied liegt darin, daß die Mitglieder der ersten Kammer 40, die der zweiten 30 Jahr alt sein müssen. Art. 65. Art. 71. Das ist deshalb angeordnet, weil eine reife Erfahrung dazu gehört, ein Gesetz zu geben, und weil jüngere Leute geneigt sind, etwas Bestehendes umzuwerfen, ohne zu überlegen, ob auch etwas Besseres an die Stelle des Alten gestellt werden kann. Zehn Jahre Erfahrung mehr sind da nicht zu verachten.

Ein anderer Unterschied ist der, daß die Mitglieder der 2. Kammer zu ihrem Unterhalt während der Versammlung der Kammern Tagegelder und Reisekosten bekommen, die Mitglieder der ersten Kammer nicht. Art. 84. Dadurch ist die Anzahl der Personen, die in die erste Kammer gewählt werden können, zu sehr beschränkt; denn es sind im Ganzen nur wenige Männer vorhanden, die soviel